

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 14.02.2008**

öffentlich

Ort: Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
Schopenhauerstraße 4
06114 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 18:30 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Nowotny, Andreas
Wießner, Heike
Haupt, Ute
Lange, Hendrik
Ewert, Gertrud
Haupt, Hanna
Adam, Klaus
Schwabe, Elke
Stark, Regine Dr.
Dölle, Leonhard
Fischer, Dorothee
Kramer, Uwe
Paul, Detlef
Piechotta, Peter Dr.
Sarunski, Torben
Slomka, Christine Dr.
Schneutzer, Petra

von 16.45 Uhr anwesend

von 17.00-18.00 Uhr anwesend

Es fehlten:

Gellert, Beate
Klotsch, Antje
Weber, Winfried
Becker, Helmut
Deckwerth, Dagmar
Jomrich, Herbert
Leonhard, Renate
Privorozki, Max
Rarrasch, Peggy
Rochau, Lothar
Wildner, Susanne

i.V. Herr Paul

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

i.V. Frau Brederlow
entschuldigt

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 10. Januar 2008
(wird nach versendet)
- 4. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Bericht zum Stand des "Nachbarschaftszentrums Pustebblume" in 06122 Halle (Saale)
Berichterstattung: Frau Brederlow, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie und Herr Scherschel, Geschäftsführer Förderung der Soziale Stadt und Land
Entwicklungsgesellschaft mbH (SPi)
- 6. Vorlagen
 - 6.1. Fortschreibung und Präzisierung des Beschlusses zur mittelfristigen
Schulentwicklungsplanung
(MitSEPL-VO) in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 -
für das Schuljahr 2008/09
Beschluss zum vertagten und aktualisierten Beschlusspunkt 1.1 - Sportsekundarschule
Vorlage: IV/2007/06684
 - 6.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) - zur Fortschreibung
und Präzisierung des Beschlusses zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung der Stadt
Halle für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2008/09
Vorlage: IV/2008/07020
 - 6.1.2 Vorschlag der Verwaltung auf Änderung des Beschlusses des Jugendhilfeausschusses
vom 08.11.2007 zur Fortschreibung und Präzisierung des Beschlusses zur mittelfristigen
Schulentwicklungsplanung (MitSEPL-VO) in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre
2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2008/09
Vorl-Nr.: IV/2007/06684) Vorlage: IV/2008/06990
- 7. Anträge von Fraktionen und Stadträten und Ausschussmitgliedern
 - 7.1. Antrag zur Behandlung der Grundsätze des Verwaltungshandelns bei der Bemessung
des Eigenanteils sowie der Beurteilung der wirtschaftlichen Kraft des Trägers im
Zusammenhang mit der Richtlinie zur Finanzierung von Kindertageseinrichtungen
Vorlage: IV/2008/06978
- 8. Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern
 - 8.1. Anfrage von Heike Wießner - CDU - zur Anzahl autistischer Kinder in Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06917

8.2. Anfrage von Frau Heike Wießner, CDU, an den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie zum Thema SGB 8 § 35a Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche
Vorlage: IV/2008/06974

9. Beantwortung von Anfragen

10. Anregungen

11. Mitteilungen

- der Verwaltung zur Verteilung der Fachkräftestellen im Fachkräfteprogramm 2008 - 2010

zu **Kinder- und Jugendsprechstunde**

Frau Hanna Haupt eröffnete die Kinder- und Jugendsprechstunde.

Vom Deutschen Kinderschutzbund sprachen **Frau Michaela Fritsch** und **Frau Brita Zippel** vor. Diese wollten kurz zum Modellprojekt Schulsozialarbeit informieren.

Frau Hanna Haupt verwies auf darauf, dass dies nicht der Kinder- und Jugendsprechstunde und deren Anliegen entspricht. Sie bot an, dass dies zur nächsten Sitzung auf die Tagesordnung genommen werden kann und dem DKSB ein Rederecht dazu eingeräumt wird.

Damit erklärten sich die beiden Genannten einverstanden.

Frau Zippel fragte noch an, was der Verein tun kann, wenn ihm Familien bekannt sind, deren Kinder nicht die Kindertagesstätten besuchen. Im Rahmen der Vorschulbildung wäre dies für die Kinder sehr wichtig. Der DKSB versucht, die Familien in entsprechende Hilfesysteme zu vermitteln. Hat der öffentliche Träger die Handhabe diese Familien stärker zu motivieren, um Hilfesysteme anzunehmen. Der Datenschutz muss hier sicher ebenfalls berücksichtigt werden.

Frau Brederlow antwortete, dass der Besuch von Kindertagesstätten auf freiwilliger Basis passiert. Im Sinn des § 8a KJHG müsste geprüft werden, ob hier eine Kindeswohlgefährdung vorliegt bzw. eine Vernachlässigung im Bereich Bildung zutrifft. Ein Problem zum Datenschutz sieht sie in diesem Fall nicht. Hier sollten die sozialpädagogischen Teams einbezogen werden, um zu helfen. Es besteht die Verpflichtung zu reagieren, sobald eine Kindeswohlgefährdung vorliegt. Dies muss in den Einzelfällen geprüft werden. Der Verein kann sich hier an die Teams des Fachbereiches wenden, um entsprechende Hilfen prüfen zu lassen.

Frau Hanna Haupt fragte an, ob noch Kinder und Jugendliche mit einem Anliegen vorsprechen möchten.

Ein Jugendlicher der Sekundarschule Zeitzer Straße sprach an, dass der Schülerrat und die Eltern in Bezug auf die Schulentwicklungsplanung nicht mit einem Umzug der Sekundarschule Zeitzer Straße in die Kurt-Wüsteneck-Straße einverstanden sind. Es lagen Vorschläge der Verwaltung zur Renovierung vor, ein langfristiges Konzept wird als wirkungsvoller angesehen als der jetzige Vorschlag.

Herr Dr. Marquardt antwortete, dass dies heute auf der Tagesordnung unter dem TOP 6.1. thematisiert wird. Der Bildungsausschuss hat dem Vorschlag zugestimmt und heute wird dies im Jugendhilfeausschuss ebenfalls eine Beschlussempfehlung dazu an den Stadtrat geben. Wie diese aussieht, wird unter dem TOP entschieden.

Der Jugendliche fragte weiterhin an, warum die Klausurtagung zum Fachkonzept des Herrn Roth nicht öffentlich stattfindet. Dieses Thema berührt die Öffentlichkeit und sollte entsprechend dort behandelt werden.

Dr. Marquardt antwortete, dass es sich bei dem Fachkonzept des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie um ein verwaltungsinternes Fachkonzept handelt. Und dies demzufolge nicht öffentlich behandelt werden muss.

Frau Hanna Haupt ergänzte, dass im Unterausschuss Jugendhilfeplanung entschieden wurde, dass diese Klausurtagung nichtöffentlich stattfinden wird. Dies wird also in dem Rahmen auch stattfinden. Sie verwies darauf, dass durch die Friedrich Ebert Stiftung zu dieser Thematik eine Fachtagung stattfinden wird, welche öffentlich ist und in der Händelhalle am 21.02.08 von 10.00 – 13.00 Uhr stattfindet. Es handelt sich also um zwei verschiedene Veranstaltungen zu dieser Thematik.

Da keine weiteren Vorsprachen waren, schloss Frau Hanna Haupt die Sprechstunde.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Hanna Haupt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Zustellung der Einladung als auch die Beschlussfähigkeit fest.

Sie sprach an, dass Herr Godenrath heute kurz anwesend ist und sich leider auf Grund seiner neuen Tätigkeit aus dem Stadtrat und damit aus dem Jugendhilfeausschuss verabschiedet. Sie sprach an, dass dieser 7 Jahre lang diesem Ausschuss als stimmberechtigtes Mitglied zur Verfügung stand und sich vor allem in den letzten Jahren sehr sachlich und mit den Belangen der Jugendhilfe sehr gut vertraut hier im Ausschuss eingebracht hat. Sie dankte ihm für seine sehr gute Mitarbeit und bedauerte sein Ausscheiden. Sie gab Herrn Godenrath das Wort.

Herr Godenrath bedankte sich für die gute Zusammenarbeit und sprach an, dass dies ein sehr konstruktiver Ausschuss sei, auch wenn es manchmal etwas emotionaler bei einigen Sitzungspunkten zuzuging.

Frau Hanna Haupt sprach an, dass als neues Mitglied für Herrn Godenrath jetzt Herr Andreas Nowotny durch den Stadtrat gewählt wurde. Herr Nowotny ist momentan noch nicht anwesend, kann also noch nicht begrüßt werden. Sie begrüßte Herrn Klaus Adam, welcher für Frau Meißner - welche aus gesundheitlichen Gründen ausgeschieden ist - jetzt als neues Mitglied durch den Stadtrat gewählt worden ist.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Hanna Haupt sprach an, dass unter dem TOP 11 eine Mitteilung durch Herrn Weber als Vorsitzenden des Unterausschusses Jugendhilfeplanung zum Stand der Vorbereitung der Fachtagung zum Fachkonzept erfolgen sollte. Da im Unterausschuss festgelegt worden war, dass diese Fachtagung/Klausur eine nichtöffentliche Sitzung werden soll, wird diese Mitteilung auch erst im nichtöffentlichen Teil unter dem TOP 8 erfolgen.

Sie gab das Wort an **Dr. Marquardt**, welcher an dieser Stelle eine wichtige Information geben wollte und dem Jugendhilfeausschuss anheim stellte, ob er dazu die Tagesordnung verändern wollte. Er ging auf die Situation der Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses vom 10.01.08 zur Richtlinie „Finanzierung von Kindertageseinrichtungen“ und die damit zusammen hängenden Anträge ein. Er merkte kritisch an, dass das Abstimmungsergebnis vom 10.01.08 von einem Mitwirkungsverbot betroffen war. Die Oberbürgermeisterin hat hierzu eine Prüfung veranlasst. Der Fachbereich Recht hat sich hierzu geäußert und diese Stellungnahme verlas Dr. Marquardt den Mitgliedern:

“Was die Behandlung der Beschlussvorlage angeht, so ist festzustellen, dass der Jugendhilfeausschuss sich mit der Richtlinie nur im Rahmen der Vorberatung für den Beschluss des Rates befasst hat. Sofern bei dem Beschluss ein Mitglied sich an der Beratung und Abstimmung unter Verletzung des Mitwirkungsverbotes beteiligt hat, so führt dies gemäß § 31 Abs. 6 GO LSA zur Unwirksamkeit der Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses. Da es sich eben nur um eine Beschlussempfehlung im Rahmen der Vorberatung einer Vorlage für den Rat handelt, löst der Beschluss auch keine Beanstandungspflicht der Oberbürgermeisterin nach § 63 Abs. 3 S. 6 GO LSA aus, der diese Pflicht nur für rechtswidrige eine Angelegenheit endgültig regelnde Beschlüsse aufstellt. Mithin kommt nur ein kritischer Hinweis an den Ausschuss mit der Aufforderung in Betracht, künftig dem Mitwirkungsverbot nachzukommen.

Was die weitere Beratungsfolge angeht, so berührt die unwirksame Beschlussempfehlung nicht die Behandlung im Stadtrat. Nach der Rechtsprechung zur Vorbereitung von Satzungsbeschlüssen,

bedarf die notwendige Vorbereitung nicht zwingend einer Beschlussempfehlung, sondern wie es die Gemeindeordnung aussagt nur einer Vorberatung, die zweifellos stattgefunden hat.“

Herr Dr. Marquardt lies ein Papier verteilen, welches dem Hauptausschuss am 20.01.08 vorliegen wird. Er sprach an, dass die am 10.01.08 eingebrachten Anträge, welche im Jugendhilfeausschuss beschlossen worden waren, mit dem Hintergrund des Wirtschaftsplanes des EB KITA entstanden sind. Hier hat es einen Irrtum gegeben und zwar beinhaltet ein Wirtschaftsplan zwangsweise alle Zahlungsströme des Betriebes und ist nicht nach einzelnen Paragrafen einer Finanzierungsrichtlinie aufgebaut. In dem jetzt verteiltem Papier wird darauf entsprechend eingegangen (siehe auch Tabelle 2). Die Forderung der freien Träger resultiert aus der Einsichtnahme in den Wirtschaftsplan des EB Kita. Die Verwaltung kann diesen zusätzlichen Beschlussempfehlungen des Jugendhilfeausschusses also nicht folgen. Die Gleichbehandlung aller Träger ist durch die Richtlinie gesichert. Er stellte jetzt den Mitgliedern frei, ob diese auf Grund der Darlegungen ihren Beschluss vom 10.01.08 zurück nehmen und dies neu auf die Tagesordnung heute setzen wollen. Jetzt besteht die Möglichkeit noch dazu, ansonsten läuft es auf den Hauptausschuss zu und zur Entscheidung im Stadtrat im März.

Anfrage eines Mitgliedes (Fr. Träger) was unter der „Unwirksamkeit“ zu verstehen ist.

Dr. Marquardt antwortete, dass am 10.01.08 ein Mitglied mit abgestimmt hat, welches hätte nicht mit abstimmen dürfen, da es unter das Mitwirkungsverbot fällt.

Frau Hanna Haupt rief zur Abstimmung auf, ob gewollt ist, dies heute nochmals auf die Tagesordnung zu setzen.

Der Jugendhilfeausschuss lehnte dies ab.

Frau Hanna Haupt stellte fest, dass damit die Beschlussempfehlungen des Jugendhilfeausschusses vom 10.01.08 auf die TO des Hauptausschusses kommen.

Frau Hanna Haupt sprach an, dass zum TOP 6.1. noch ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vorliegt, welcher als TOP 6.1.1. auf die TO gesetzt werden muss.

Herr Zschocke (Ressort Schule) wies darauf hin, dass mit der versandten Beschlussvorlage noch ein Anschreiben mit einem Änderungsantrag der Verwaltung zum Beschluss 1.2. zugesendet wurde.

Frau Hanna Haupt sprach an, dass dies als TOP 6.1.2 auf die TO gesetzt wird.

Frau Hanna Haupt fragte an, ob es zu der veränderten Tagesordnung Anfragen gibt.

Der veränderten Tagesordnung wurde zugestimmt.

**zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 10. Januar 2008
(wird nach versendet)**

Der Niederschrift wurde ohne Änderungen zugestimmt.

zu 4 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Frau Hanna Haupt gab bekannt, dass in der nichtöffentlichen Sitzung am 10.01.08 die Euro-Schulen die befristete Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe erhalten haben.

**zu 5 Bericht zum Stand des "Nachbarschaftszentrums Pustebblume" in
06122 Halle (Saale)
Berichterstattung: Frau Brederlow, Fachbereich Kinder, Jugend und
Familie und Herr Scherschel, Geschäftsführer Förderung der Soziale
Stadt und Land Entwicklungsgesellschaft mbH (SPi)**

Frau Brederlow sprach an, dass der Geschäftsführer vom Spi, Herr Scherschel erkrankt ist und dafür als Vertreterin, Frau Jana Kirsch (Quartiersmanagerin Neustadt) anwesend ist. Frau Brederlow ging kurz auf die Situation in Neustadt ein und gab das Wort an Frau Kirsch.

Frau Kirsch sprach an, dass das Objekt „Pustebblume“ vom SPi ab 01.01.2008 in Trägerschaft übernommen wurde, da der Vorgänger diese Trägerschaft abgegeben hat. Angedacht ist es, die „Pustebblume“ vom soziokulturellen Zentrum zum Nachbarschaftszentrum umzuwandeln. Es gab Gespräche mit den Trägern, welche auch in das Objekt gezogen sind wie bspw. Eine-Welt-Haus und der Halle-Neustadt-Verein. Der „GIMMI2 wird auch Projekte in der „Pustebblume“ initiieren. Bspw. die Projekte „ARCHE; Koch- und Backakademie. Die Migrantenberatung soll gemeinsam mit dem Eine-Welt-Haus erfolgen. Der GIMMI wird auch die Seniorenbetreuung durchführen. Der Kinder- und Jugendrat überlegt noch ebenfalls im Objekt Räume zu beziehen.

Anfrage eines Mitgliedes (StR), welche Resonanz bei Schulen zur „Pustebblume“ bestehen und wie die Vernetzung mit Jugendeinrichtungen erfolgt.

Frau Kirsch antwortete, dass zu Schulen noch kein Kontakt aufgenommen worden ist. Wenn die Projekte des „GIMMI“ im Objekt Einzug gehalten haben, wird es auch Projekte mit den Schulen geben. Der vorhergehende Träger der „Pustebblume“, welcher noch Räume im Objekt mit seiner Arbeit nutzt wird auch weiterhin mit Kita's und Schulen zusammen arbeiten. Die Kontakte zu den Jugendeinrichtungen bestehen.

Bitte eines Mitgliedes, dass bei Vorliegen des Programmes der „Pustebblume“ dieses auch den Mitgliedern des JHA zur Verfügung gestellt wird.

Dieser Bitte wird entsprochen.

Frau Hanna Haupt dankte für die Ausführungen.

zu 6 Vorlagen

zu 6.1 Fortschreibung und Präzisierung des Beschlusses zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung (MitSEPL-VO) in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2008/09 Beschluss zum vertagten und aktualisierten Beschlusspunkt 1.1 – Sportsekundarschule Vorlage: IV/2007/06684

Frau Hanna Haupt begrüßte zum TOP Herrn Zschocke vom Fachbereich Schule, Sport und Bäder, Ressort Schule. Es geht um die Behandlung der Schulentwicklungsplanung einschließlich der beiden Anträge dazu, welche heute vorliegen. Zum Änderungsantrag der Fraktion Die LINKE wird Herr Lange dazu etwas sagen.

Herr Dr. Marquardt erläuterte den Beschlussvorschlag zum Punkt 1.1., hier Bildung eines Schulverbundes zwischen der Sportsekundarschule und dem Sportgymnasium Halle eingehend. Er sprach an, dass der Bildungsausschuss dem Vorschlag gefolgt ist. Zum Punkt 1.2. gibt es den Vorschlag zum befristeten Standortwechsel der Sekundarschule Zeitzer Straße zum Standort Kurt-Wüsteneck-Straße 21 zum Schuljahr 2008/09. Der Bildungsausschuss hat mehrheitlich zugestimmt. Auf der Silberhöhe soll solch ein Schulstandort erhalten bleiben. Die Schwierigkeit besteht darin, dass nicht ausreichend Finanzmittel für eine Sanierung der Schule zur Verfügung stehen. Die Frage ist, welche Schule soll nun einen Zeitraum leer stehen, die Zeitzer Straße oder die bereits zum größten Teil sanierte Kurt-Wüsteneck-Straße. Können wir uns leisten, die bereits zu ca. 80% sanierte Schule in der Kurt-Wüsteneck-Straße leer stehen zu lassen, die Gefahr des Vandalismus besteht hier ebenfalls.

Wenn die Richtung klar ist, kann die Prioritätenliste, welche bereits den Stadtrat passiert hat, zu überarbeiten und dort neu aufzurufen. Aber erst muss der erste vor dem zweiten Schritt gegangen werden.

Anfrage eines Mitgliedes (skE) wie es mit der Beförderung der Schüler aussieht. Der Stadtelternrat würde mit dem Vorschlag mitgehen, wenn dies geklärt ist. Anfrage auch zur s. 37 Prioritätenliste, da hier über andere Summen beschlossen wurden als über die jetzt bezifferten 400.000 €. Es wurde auf einen Zeitungsartikel verwiesen. Angenommen das Objekt Kurt-Wüsteneck-Straße bleibt leer könnte dieses doch als integrative Schule genutzt werden und in freie Trägerschaft übergehen.

Herr Dr. Marquardt sprach an, dass der Zeitungsartikel die Situation nicht richtig dargestellt hat. Das Presse oftmals auch unrealistische und unwahre Dinge verbreitet ist nicht beeinflussbar, das gehört zur Pressefreiheit und dem jeweiligem Sachverständnis des Journalisten, welcher darüber berichtet. Zum Vorschlag der Nutzung für eine integrative Schule gibt es Überlegungen, wie die Landschaft der freien Träger verteilt ist. Hierzu muss die Gesamtbetrachtung der Stadt gesehen werden, da mehrere Aspekte berücksichtigt werden müssen. Er gab das Wort an Herrn Zschocke weiter.

Herr Zschocke erläuterte, dass die aufgeführten Kosten laut Prioritätenliste Planungskosten sind. Hinsichtlich der Schülerbeförderung gibt es von der CDU-fraktion eine Anfrage dazu. Die Verwaltung hat dies bestätigt und sucht das Gespräch zur HAVAG hierzu. Es gibt einen Vorschlag, Möglichkeiten für Schülerfahrkarten der Sekundarschüler einzuräumen. Hier muss die HAVAG der Stadt preislich entgegen kommen. Das Ergebnis ist noch ausstehend dazu.

Herr Lange sprach an, dass von 34 Sekundarschulen nur noch 8 vorhanden sind. Die Bedingung zur Bildung von 5. Klassen ist im Süden gegeben. Dies ist die letzte Beschlussvorlage zur Schulentwicklungsplanung, ab nächstes Jahr wird es eine neue geben. Dann sind Ausnahmen vorgesehen, auch in Bezug auf kleinere Sekundarschulen. Die gesamte Entwicklung der Sekundarschulen im Süden von Halle ist noch völlig offen. Solange wie diese Entwicklung nicht klar ist, sollte die Schule in der Zeitzer Straße bleiben. Die Kosten für die Beförderung der Schüler wären Mehrkosten. Die Fraktion ist der Meinung, dass diese Schule am Standort Zeitzer Straße bleiben soll. Eltern ziehen in die Gegend, wo auch die entsprechenden Bedingungen für die Familie, wie Schulstandorte, gegeben sind. Wenn diese Schule leer steht, ist mit Vandalismus zu rechnen. Deswegen der vorliegende Änderungsantrag der Fraktion. Er erwähnte, dass die Stadt doch am Standort K.-Wüsteneck -Straße eine internationale Schule plant.

Herr Dr. Marquardt antwortete, sprach an, dass grundsätzlich bei leer stehenden Objekten mit Vandalismus zu rechnen ist. Da die Schule in der Kurt-Wüsteneck-Straße bereits größtenteils saniert ist, wären hier bei Vandalismus größere Schäden zu verzeichnen als am Standort Zeitzer Straße. Die Etablierung einer internationalen Schule am Standort Kurt-Wüsteneck-Straße ist eine Unterstellung und stimmt nicht. Der Bedarf für eine solche Schule ist noch nicht klar und auch nicht, welcher Träger für eine solche Schule in Frage kommen könnte. Die Verwaltung hat bei ihren Überlegungen entwicklungsperspektivisch die Silberhöhe angesehen. Es entspricht nicht den Tatsachen, dass von der Stadt keine Sekundarschule mehr auf der Silberhöhe gewollt ist. Dass Schüler nicht in einer unsanierten Schule unterrichtet werden sollten, müsste klar sein. Die Schüler aus der Zeitzer Straße sollen vorübergehend in das Objekt Kurt-Wüsteneck-Straße, damit das Objekt Zeitzer Straße saniert werden kann. Klar ist, dass zur Zeit die Frage der Sanierungsmittel dafür noch nicht geklärt sind. Die Verwaltung muss wissen, in welche Richtung es gehen soll. Es liegen hierzu der Vorschlag der Verwaltung als auch ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vor, über welche abgestimmt werden muss.

Durch ein Mitglied (StR) wurde angesprochen, dass von ihr für die Silberhöhe und dem Erhalt von dortigen Schulen plädiert worden ist. Unter den Schülern und der Lehrerschaft sollte Ruhe dort einkehren. Die Frage ist, ob in dem angebotenen Objekt Kurt-Wüsteneck-Straße ausreichend Fachkabinette zur Verfügung stehen.

Herr Zschocke antwortete, dass das Objekt Kurt-Wüsteneck-Straße fast vollständig saniert wurde. Es gibt noch 2 unsanierte Fachräume Physik. Es stehen 2 Fachräume für Chemie und 2 für Biologie saniert zur Verfügung. In diesen sanierten Räumen könnte parallel der Unterricht laufen. Er wies darauf hin, dass bisher durch die Lehrerschaft die angebotenen Räume noch nicht besichtigt wurden, um so mehr verwundert es, dass die Räume für ungeeignet gehalten werden.

Durch **ein Mitglied (StR)** wurde bekräftigt, dass bei Zusage der Verwaltung zu den Klärungsbedarfen – Fachkabinette und Beförderungskosten – eine Zustimmung zum Vorschlag erfolgen könnte.

Herr Lange sprach an, dass geklärt sein muss, wie die Sanierung des Objektes Zeitzer Straße erfolgen soll. Dies sollte vor dem Umzug der Schule in die Kurt-Wüsteneck-Straße erfolgen.

Hintergrund des Antrages der Fraktion ist es, eine Perspektive für die Schüler zu klären.

Anfrage eines Mitgliedes (StR) ob es auch im neuen Schuljahr wieder ein „Losverfahren“ gibt wie bisher. Im vergangenen Jahr gab es Klagen von Eltern dazu, welchen auch rechtlich stattgegeben worden ist.

Herr Zschocke antwortete, dass dieses „Losverfahren“ nur die Gesamtschulen betrifft. Hier gibt es einen Aufnahmeerlass vom Kultusministerium zum Umgang bei Vorlage von mehr Anmeldungen als vorhandenen Plätzen an diesen Gesamtschulen. Dieser Erlass hat laut richterlichen Entscheidung keine rechtliche Grundlage.

Durch ein Mitglied (StR) wurde angesprochen, dass das Kriterium der Raumfrage doch eine Rolle spielen muss.

Herr Zschocke antwortete, dass vom Gericht es so angesehen wurde, dass die Raumkapazität gesehen werden kann. Da keine rechtliche Grundlage vorliegt, wurde den Klagen statt gegeben. Die Gesamtzahl der Klassen ist gleich geblieben, an der KGS „Hutten“ stehen nicht ausreichend Räume zur Verfügung.

Da es keine weiteren Anfragen gab, rief Frau Haupt zur Abstimmung der vorliegenden Dinge auf.

Frau Hanna Haupt rief zur Abstimmung des Änderungsantrages der Fraktion DIE Linke auf.

Beschlussvorschlag:

Die Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) beantragt die Änderung des Beschlusses des Bildungsausschusses vom 06.11.2007 zum Punkt

1.2. in folgendem Wortlaut:

1.2. Die Sekundarschule „Zeitzer Straße“ verbleibt am Standort Zeitzer Straße bis ein Standortkonzept für die Sekundarschulen im Süden Halles erarbeitet wurde.

Zustimmungen:	4
Ablehnungen	5
Enthaltungen	3

Damit wurde der **Änderungsantrag abgelehnt**.

Frau Hanna Haupt rief zur Abstimmung des Vorschlages der Verwaltung auf.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Halle (Saale) beantragt die Änderung des Beschlusses des Jugendhilfeausschusses vom 08.11.2007 zum Punkt

1.2 Standortwechsel der Sekundarschule	Zeitzer Straße
Vom Standort:	Zeitzer Straße 9
Zum Standort:	Kurt-Wüsteneck-Straße 21

in nachfolgenden Wortlaut

1.2 Befristeter Standortwechsel der	Sekundarschule Zeitzer Straße
Vom Standort:	Zeitzer Straße 9
Zum Standort:	Kurt-Wüsteneck-Straße 21

der Fortschreibung und Präzisierung des Beschlusses zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung (MitSEPL-VO) in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2008/09 (IV/2007/06684)

Zustimmungen:	6
Ablehnungen:	0
Enthaltungen:	6

Damit wurde dem **Vorschlag der Verwaltung einstimmig zugestimmt**.

Frau Hanna Haupt rief zur Abstimmung der Vorlage auf.

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt im Rahmen der Aktualisierung und Präzisierung des Bezugsbeschlusses Nr. 1 in Verbindung mit den Bezugsbeschlüssen Nr. 2 bis 7 die nachfolgenden Veränderungen und Ergänzungen der geplanten Maßnahmen für das Schuljahr 2008/09:
 - 1.1 Bildung eines **Schulverbundes**
zwischen der **Sportsekundarschule Halle** (bisher: Dölauer Straße 71)
und dem **Sportgymnasium Halle** Am Standort Amselweg 49
Name Sportschulen Halle (Saale)
(bis auf Widerruf) *Schulverbund Gymnasium/Sekundarschule*
 - 1.2 Befristeter Standortwechsel der **Sekundarschule Zeitzer Straße**
Vom Standort: Zeitzer Straße 9 (z. Zt. Sek. Zeitzer Straße)
Zum Standort: Kurt-Wüsteneck-Straße 21 (ehem. Frieden-Gymnasium)
Zum Schuljahr: 2008/09 (bis zum Schuljahresbeginn 2011/12)
 - 1.3 Umzug der **Außenstelle der Sekundarschule Zeitzer Straße**
in den Hauptstandort der Sekundarschule (Kurt-Wüsteneck-Straße 21 oder Zeitzer Straße 9) in Abhängigkeit von der Beschlussfassung zu Pkt. 1.2)
 - 1.4 Nutzungsänderung der **Grundschule Radewell**
Umzug der Grundschule Radewell **innerhalb des Schulobjektes**,
Regensburger Straße 35
aus dem: Grundschulgebäude
in das: ehemalige Sekundarschulgebäude
(in Abhängigkeit von der Beschlussfassung zu Pkt. 1.3)
 - 1.5 Standortfestlegung **Sekundarschule Halle-Nord**
Als dauerhafter Standort für die Sekundarschule Halle-Nord wird der Standort **Ernst-Schneller-Straße 1** (Sek. Halle-Nord) festgelegt.
 - 1.6 Schulbezirksveränderung der Grundschule am Zollrain
 - 1.7 Namensänderung der Schule des zweiten Bildungsweges
2. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) nimmt die Informationen zu den Berufsbildenden Schulen der Stadt Halle (Saale) zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, im Planungszeitraum der nächsten Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung (2009/10 – 2014/15) das Schulnetz und die Schulprofile der Berufsbildenden Schulen den aktuellen Bedingungen anzupassen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum 31.07.2008 die vorgesehenen Maßnahmen des Beschlusses (Pkt. 1.1 bis 1.7) zu begleiten und in Zusammenarbeit mit dem Landesverwaltungsamt, Abteilung Schulen, die Voraussetzungen für einen ordnungsgemäßen Unterrichtsbeginn zum 01.08.2008 zu schaffen.

Zustimmungen: 9
Ablehnungen: 0
Enthaltungen: 3

Der Jugendhilfeausschuss stimmte **einstimmig zu**.

**zu 6.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) - zur Fortschreibung und Präzisierung des Beschlusses zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2008/09
Vorlage: IV/2008/07020**

Text und Abstimmungsergebnis siehe TOP 6.1.

**zu 6.1.2 Vorschlag der Verwaltung auf Änderung des Beschlusses des Jugendhilfeausschusses vom 08.11.2007 zur Fortschreibung und Präzisierung des Beschlusses zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung (MitSEPL-VO) in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2008/09
Vorl-Nr.: IV/2007/06684) Vorlage: IV/2008/06990**

Text und Abstimmungsergebnis siehe TOP 6.1.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten und Ausschussmitgliedern

Frau Hanna Haupt sprach an, dass ein Antrag von Frau Klotsch vorliegt, welcher unter 7.1.1. aufgerufen wird. Weitere Anträge liegen nicht vor.

**zu 7.1 Antrag zur Behandlung der Grundsätze des Verwaltungshandelns bei der Bemessung des Eigenanteils sowie der Beurteilung der wirtschaftlichen Kraft des Trägers im Zusammenhang mit der Richtlinie zur Finanzierung von Kindertageseinrichtungen
Vorlage: IV/2008/06978**

Frau Hanna Haupt sprach an, dass durch die Verwaltung heute die Stellungnahme zu diesem Antrag verteilt wurde.

Frau Brederlow sprach an, dass vom Grunde her dem Antrag gefolgt werden kann. Vorschlag ist es, eine Arbeitsgruppe zu bilden, welche sich aus Mitgliedern der Verwaltung als auch des Jugendhilfeausschusses zusammen setzt. Diese Arbeitsgruppe soll dazu einen Vorschlag erarbeiten, welcher dann im Jugendhilfeausschuss vorgestellt wird.

Frau Hanna Haupt fragte an, wer sich von den JHA-mitgliedern bereit erklärt, in dieser Arbeitsgruppe mit zu arbeiten.

Es meldeten sich von den Stadträten Herr Nowotny und Frau Dr. Stark, welche in der Arbeitsgruppe mitwirken möchten.

Dr. Piechotta bat darum, dies zurück zu stellen, da heute Herr Weber und Frau Klotsch nicht anwesend sind.

Dies wird abschließend noch geklärt, wer von den freien Trägern in der Arbeitsgruppe mit arbeiten wird.

Beschlussvorschlag:

Die Richtlinie zur Finanzierung von Kindereinrichtungen ist zu ergänzen um Grundsätze des Verwaltungshandelns bei der Bemessung des Eigenanteils sowie der Beurteilung der wirtschaftlichen Kraft des Trägers.

Der JHA beauftragt die Verwaltung mit der Vorlage solcher Grundsätze noch vor der Sommerpause 2008. Bei der Erarbeitung der Grundsätze sollen die Spitzenverbände intensiv beteiligt werden.

Abstimmungsergebnis:

Der Jugendhilfeausschuss stimmte dem Antrag zu.

Die Bildung einer Arbeitsgruppe hierzu wurde vorgeschlagen, diesem Vorschlag wird gefolgt.

zu 8 Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern

Frau Hanna Haupt rief den TOP auf und verwies auf zwei vorliegende Anfragen von Frau Wiesner unter TOP 8.1 und 8.2.

Sie fragte an, ob es weitere Anfragen gibt.

Frau Dr. Stark fragte zum Stand der Jugendwerkstatt „Bauhof“ an. Entspricht es den Tatsachen, dass der „Bauhof“ zur Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ in Trägerschaft gehen soll.

Frau Brederlow antwortete, dass der Insolvenzverwalter zum Stand informiert hat. Der Erhalt des „Bauhofes“ wird angestrebt.

Frau Heder ergänzte, dass es keinen Antrag zum Trägerwechsel hierzu gibt. Die Fördermittelgeber stehen zu ihren Beschlüssen, die sie gefasst haben und wollen sich für den Erhalt des Bauhofes einsetzen.

Herr Dölle teilte mit, dass es ein Gespräch mit Herrn Roth gab, welches aber anders zustande kam, als es bereits wieder im Internet veröffentlicht worden ist. Es hat die Diakonie Stiftung Bernburg angefragt. Herr Roth wurde von der Diakonie angefragt, er kam nicht von allein auf sie zu. Die Diakonie hat versucht, dass ein kirchlicher Vertreter den „Bauhof“ übernehmen soll. Die Jugendwerkstatt Frohe Zukunft ist nicht Mitglied in der Diakonie. Neben Herrn Roth gab es noch 4,5 andere Interessenten aus Halle und Sachsen-Anhalt. Es finden auch noch weitere Gespräche statt. Es wird ein Gesellschafter gesucht.

Weitere Anfragen:

Herr Kramer fragte an, ob es stimmt, dass der EB Kita nicht mehr zur Ableistung für gemeinnützige Stunden zur Verfügung steht. Für die Freien Träger wird es immer schwieriger, da kaum noch Kapazitäten hierfür zur Verfügung stehen. Für die Jugendlichen wird es immer schwieriger, diese gerichtlich verfügbaren gemeinnützigen Stunden abzugelten.

Herr Sarunski antwortete, dass die Jugendlichen sich nicht selbst um diese Plätze bemühen müssen sondern sie werden durch Vorsprache in der Jugendgerichtshilfe entsprechend vermittelt. Ihm ist nicht bekannt, dass der Bereich Kindertagesstätten hierfür nicht mehr zur Verfügung steht.

Frau Brederlow antwortete, dass die Verwaltung froh ist, wenn sich freie Träger finden, welche Plätze zur Ableistung gemeinnütziger Stunden anbieten. Was den EB Kita betrifft, können die Jugendlichen ohnehin nur im Bereich des Hausmeisters eingesetzt werden und dies muss mit ZGM geklärt sein. Es soll eine Initiative geben, diesbezüglich mit ZGM zu sprechen, was hier alles möglich sein kann.

**zu 8.1 Anfrage von Heike Wießner - CDU - zur Anzahl autistischer Kinder in Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06917**

Die Verwaltung verteilte die Antwort auf die Anfrage an alle Mitglieder.
Frau Wiesner wird sich diese durchlesen und ggf. rückfragen.

**zu 8.2 Anfrage von Frau Heike Wießner, CDU, an den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie zum Thema SGB 8 § 35a Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche
Vorlage: IV/2008/06974**

Die Verwaltung verteilte die Antwort auf die Anfrage an alle Mitglieder.
Frau Wiesner wird sich diese durchlesen und ggf. rückfragen.

zu 9 Beantwortung von Anfragen

Hier lag nichts an, da bereits unter TOP 8 beantwortet.

zu 10 Anregungen

Frau Hanna Haupt sprach an, dass sie anregen möchte, eine andere Form der Niederschriftserstellung zu finden. Die letzten Sitzungen haben wieder einmal gezeigt, in welchem Umfang hier Diskussionen stattfinden und die Erstellung der Niederschrift ist in der Form wie bisher kaum noch zu gewährleisten. Sie sprach an, dass sie zwei Anregungen dazu hätte. Entweder man einigt sich auf Ergebnisprotokolle, diese würden die Anfragen/Antworten und die Ergebnisse/Festlegungen aus der Sitzung beinhalten und nicht mehr jede einzelne Diskussion. Oder die Frage eines Aufnahmegerätes, welches während der Sitzung läuft, wäre zu besprechen. Sie fragte an, wie die Meinung zu den Anregungen von ihr dazu sind.

Herr Dr. Marquardt wies darauf hin, dass vor dem Anstellen des Aufnahmegerätes jedes Mitglied zustimmen muss, dass dieses läuft. Ob die Anschaffung eines Aufnahmegerätes dann so wirkungsvoll ist, wenn dann die Zustimmung fehlt, muss überlegt werden.

Hierzu gab es nur wenig Rückäußerungen. Tenor war es, dass erstere Anregung zu Ergebnisprotokollen so nicht gewollt ist. Bezüglich des Aufnahmegerätes konnte die Frage abschließend nicht geklärt werden, da nicht alle Mitglieder heute anwesend sind. Hier war die Tendenz, dass vor TOP, welche sehr diskussionsreich sind, das Gerät laufen könnte und man sich vorab dazu verständigt. Das müsste mit allen Mitgliedern aber geklärt sein.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass Niederschriften nicht zwingend die Diskussionspunkte im Detail und schon gar nicht im Wortlaut wiedergeben müssen sondern die Wiedergabe von Anfragen und Antworten und Ergebnissen vorgeschrieben ist.

zu 11 Mitteilungen - der Verwaltung zur Verteilung der Fachkräftestellen im Fachkräfteprogramm 2008 - 2010

Frau Hanna Haupt sprach an, dass die Verwaltung ein Informationsblatt zur Fachkräftestellenverteilung jetzt ausgegeben hat. Sie gab das Wort an Frau Schöps.

Frau Schöps sprach an, dass die Richtlinie vom Land immer noch nur im Entwurf und noch nicht bestätigt vorliegt. Diesmal sind die Ausschlusskriterien sehr hoch angesetzt. Also musste konkret gesehen werden, wer von den geforderten Voraussetzungen her hierfür in Frage kommt. Heute informiert die Verwaltung hierzu, wie die Verteilung vorgenommen werden soll. Wenn die Richtlinie beschlossen vorliegt und es noch Änderungen zum Entwurf darin geben sollte, müsste noch mal neu geschaut werden, ob die jetzt vorgesehenen Fachkräfte für dieses Programm nochmals verändert werden müssten.

Frau Haupt sprach an, dass Frau Kaupke zum Sitzungsdienst der Stadtverwaltung informieren möchte und dazu auch ein Informationsblatt zum Session an die freien Träger und beratenden Mitglieder verteilt hat.

Frau Kaupke sprach an, dass in der Stadtverwaltung der Sitzungsdienst (Session) für die Stadträte als auch die Öffentlichkeit eingerichtet ist. Im Session sind alle Beschlussvorlagen, Anträge und Anfragen als auch die Sitzungen der Ausschüsse und des Stadtrates abrufbar. Sie erläuterte dies kurz und wies darauf hin, dass immer ca. 14 Tage vor den jeweiligen Sitzungen diese mit dem öffentlichen Teil und den entsprechenden Vorlagen übers Internet eingesehen werden können. Die Mitglieder der Ausschüsse als auch die Bürger haben somit die Möglichkeit über die öffentlichen Dinge informieren zu können.

Frau Haupt sprach an, dass gegenwärtig wieder die neue Amtsperiode für die Schöffen und Jugendschöffenwahl ansteht. Dazu wurde heute ebenfalls ein Informationsblatt ausgelegt.

Frau Hanna Haupt sprach an, dass durch das Ausscheiden von Herrn Godenrath auch die Stellvertretung des Vorsitzes im Jugendhilfeausschuss neu geklärt werden muss. Sie bat die Mitglieder sich darüber Gedanken zu machen . Dies wird im JHA April 2007 auf der TO behandelt werden.

Frau Hanna Haupt teilte mit, dass sie von der AWO eine Einladung zu einem Benefizlunch für Kids für den 09.03.08 erhalten hat und sprach an, dass bei Interesse von Mitgliedern sich diese hierzu anmelden können. Der Lunch findet im Maritimhotel von 12.00 – 15.00 Uhr statt.

Frau Hanna Haupt sprach an, dass in den Gästereihen auch Herr Böhnke, neuer Fraktionsmitarbeiter der CDU-fraktion, welcher die Stelle von Herrn Godenrath neu besetzt, anwesend ist. Dieser wird als Stadtrat auch am nichtöffentlichen Teil anwesend sein.

Gez. Hanna Haupt
Ausschussvorsitzende

Gez. Kaupke
Protokollführerin